

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

14.8.1929 (No. 187)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: F. G. C. A. Seyfried Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 M. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstag 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 cm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Anzeigen, die als Kassenabdruck gilt und verwendet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konturverfahren fällt der Fall die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Beilagen zum Badischen Staatsanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriftenblätter, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Einigung über die Räumung in Sicht?

Über erst Regelung der Reparationen

WTB. London, 14. Aug. (Tel.) Neuter meldet aus dem Haag, am nächsten Samstag werde Dr. Stresemann wissen, an welchem Datum der letzte französische Soldat das Rheinland verlassen haben werde, vorausgesetzt, daß die Haager Konferenz ein endgültiges Ergebnis erreiche. Dies sei das Versprechen, das gestern Nachmittag Briand dem Reichsaußenminister gegeben habe.

Der Sonderkorrespondent des Neuterbüros berichtet weiter: Dr. Stresemann sei zum mindesten zufrieden, daß eine Einigung in der Räumungsfrage endlich in Sicht sei. Es verlautete aus deutschen Kreisen, in der gestrigen Nachmittags-Sitzung habe Henderson erklärt, die Räumung des Rheinlandes durch die britischen Truppen erfolge unabhängig von dem Inkrafttreten des Youngplanes, während Briand dargelegt habe, daß er diese Auffassung nicht teile. Er erklärte den französischen Pressevertretern, daß die Räumung von einer befriedigenden Regelung der Reparationsfrage abhängig sei. Nach dem „Daily Herald“ soll die Räumung des Rheinlandes in drei Etappen vollzogen werden:

1. Die Zurückziehung der englischen Truppen wird ungefähr am 15. September beginnen und auf jeden Fall vor Weihnachten beendet sein.
2. Die Franzosen und die Belgier werden die Räumung der zweiten Zone Anfang Oktober beginnen und Ende Dezember oder Anfang Januar beendet haben.
3. Die Franzosen werden die Räumung der dritten und letzten Zone Ende des Jahres beginnen, und bis Ende Februar wird die Räumung des Rheinlandes durchgeführt sein.

Bertinag meldet dem „Daily Telegraph“ aus dem Haag: Briand wird am nächsten Freitag der politischen Kommission konkrete Vorschläge für die Räumung der Koblenzer Zone machen, die in schnellstem Tempo durchgeführt werden würde, und ebenso für die Räumung der Mainzer Zone, die sich aber über eine längere Periode ausdehnen soll. Briand erklärte immer wieder, jede von der politischen Kommission erzielte Entscheidung müsse von der Annahme und der Inkraftsetzung des Youngplanes abhängen.

Privatunterredungen bis Samstag

Br. Haag, 14. August (Priv.-Tel.) Es ist der Vorschlag gemacht worden, die weiteren öffentlichen Verhandlungen der beiden Kommissionen der Regierungskonferenz auf Samstag zu vertagen, um für die Unterredungen der Staatsmänner und Sachverständigen die notwendige Zeit zu gewinnen. Von Snowden, Bidell, Adachi und Silberding wurde dazu bemerkt, daß es sich nicht etwa um eine Unterbrechung der Konferenz handeln soll, sondern man hoffe, daß am Samstag sowohl die finanziellen wie die politischen Fragen soweit geklärt sein könnten, daß man sich zu Entscheidungen bereit finden könnte.

In der heutigen Vormittags-Sitzung des finanziellen Ausschusses sprach Loucheur, Frankreich, über die Sachlieferungen. Die Kohlenfrage sei außerordentlich schwierig und stelle auf dem Weltmarkt ein ernstes Problem dar. Weiter sprach Titulescu für Rumänien und Beulzeos für Griechenland, die die Anteile ihrer Länder am Verteilungsschlüssel für zu gering erklärten.

Ein Kompromißvorschlag im Haag

WTB. London, 14. Aug. (Tel.) Einer Neutermeldung aus dem Haag zufolge verlautet, daß u. a. der Plan erwogen wird, aus dem überflüssigen von 52 Millionen Mark, der im Youngplan für den Dienst der internationalen Bank vorgesehen war, 30 Millionen Mark Großbritannien anzubieten. Frankreich und Belgien hätten ihre Zustimmung gegeben, die Italiener hätten noch nicht geantwortet. Man nehme jetzt an, daß Freitag der kritische Tag der Konferenz sein werde.

Geplänkel an der mandschurischen Grenze

WTB. Moskau, 13. August (Tel.) In den letzten Tagen meldeten verschiedene Stellen der Sowjetgrenze einige Tote und Verwundete. Weisgardisten und chinesische Truppenteile, die sich mit der Beschießung nicht begnügten, versuchten stellenweise, auf Sowjetgebiet vorzudringen. Im Bezirk von Blagowestschensk und in der Gegend der Ufer des Sungaristuffes und des Chankases überfielen Weisgardisten, unterstützt von chinesischen Truppen, die Sowjetgrenzposten. Sowjettruppenteile zerstreuten durch ihr entschlossenes Vorgehen die Angreifer.

Nach einer Meldung aus Tokio gingen am 7. d. M. 30 Sowjetkavalleristen über den Argufluß an der russisch-chinesischen Grenze, plünderten ein Dorf und warfen fünf Einwohner in den Fluß, in dem sie ertranken.

Türkischer Freundschaftsvertrag mit dem Hedjas. In Mekka ist zwischen der Türkei und der Regierung von Hedjas ein Freundschaftsvertrag abgeschlossen worden, durch den die Türkei die Unabhängigkeit und Integrität des Hedjasgebietes anerkennt.

Letzte Nachrichten

Die Finanzlage des Reichs

Die Fehlbeträge und der Youngplan

M. Berlin, 14. Aug. (Priv.-Tel.) Die Finanzlage des Reichs bleibt weiter schwierig, da die Steuerausfälle und Rückstände von 1928 im April 250 Millionen Reichsmark betragen und voraussichtlich auf 400 Millionen steigen werden. Es ist somit zu befürchten, daß von den Ermäßigungen des Youngplans überhaupt nichts übrig bleibt. Für die Arbeitslosenversicherung waren für 1929 150 Millionen eingestellt. Es sind jedoch bis jetzt bereits 80 Millionen geleistet worden, so daß man sicher mit einer erheblich höheren Summe wird rechnen müssen. Das Problem der Reform der Arbeitslosenversicherung ist deshalb als besonders ernst zu betrachten, zumal auch die Meinungen der Reichsminister darüber sehr auseinander gehen. Die Volkspartei erklärt, sie müsse auch eine Prozentige Erhöhung der Beiträge entschieden ablehnen.

Die Mainzer „Spionageaffäre“

Freilassung der Beamten der Reichsvermögensverwaltung

WTB. Mainz, 14. August (Tel.) Vor ungefähr acht Monaten wurden verschiedene Angestellte und Arbeiter der Reichsvermögensverwaltungsämter Mainz und Koblenz unter der Beschuldigung verhaftet, Einbrüche in französische Wohnungen und Diebstähle von französischen Militärräten und Stützen eines neuen Maschinengewehrs und einer neuen Gasmaske begangen zu haben. Infolge der sehr langen Untersuchungsdauer und der vielen Vernehmungen erlitten verschiedene Verhaftete Herdenzungen und mußten ins französische Militärgefängnis übergeführt werden. Nachdem die Voruntersuchung abgeschlossen und den Angeklagten die Anklageschrift zugestellt war, fanden Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Regierung über einen Austausch von der Spionage Verdächtigen auf beiden Seiten statt. Seitens der französischen Regierung wurden nun die Akten über den Spionagefall angefordert und nach mehrwöchigen Verhandlungen kam der Beschluß, daß die Verhafteten freigelassen werden sollen. Um Rundgebungen zu vermeiden, wurde bestimmt, daß die Verhafteten heute morgen zwischen 6 und 8 Uhr in aller Stille aus dem Untersuchungsgefängnis freigelassen werden sollen. Es handelt sich um den 54-jährigen Verwaltungsoberinspektor S. Kraus, den Verwalter A. Schmidt, den Heizer Josef Röder, den Kassenwärter Johann Seeger, den Dolmetscher Jean Meynders, sämtliche von der Reichsvermögensverwaltung Mainz, Ferner um die Verwaltungsobersekretäre M. Schmidt und J. Rohlfach und den Verwaltungsassistenten B. Kees von der Reichsvermögensverwaltung Koblenz. Auch der 37-jährige Reisende Fritz Fritsch aus Düsseldorf ist entlassen worden unter der Bedingung, daß er das besetzte Gebiet bis zum 28. d. M. verläßt.

Der italienische Flottenbesuch in Kiel

WTB. Kiel, 14. Aug. (Tel.) Bei einer gestern vom Chef der Marineleitung der Ostsee, Kontradmiral Hansen, zu Ehren der hier weilenden italienischen Marineoffiziere gegebenen Essen hieß Admiral Hansen die Gäste im Namen der Reichsmarine in einer Ansprache willkommen. Er erinnerte an den herzlichen Empfang, den Italien den deutschen Schulkreuzern „Gmden“ und „Berlin“ bereitet hat. Er schloß mit einem Toast auf den König von Italien. — Der italienische Admiral Noto führte in seiner Erwiderung aus, er habe schon bei der Ankunft das Empfinden gehabt, daß er sich hier außerordentlich wohl fühlen werde. Er glaube, daß die italienische und die deutsche Marine Schrittmacher seien der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Er schloß mit einem Hoch auf den Reichspräsidenten.

Zwischenfälle bei Verdun

Br. Paris, 14. Aug. (Priv.-Tel.) Das „Journal“ veröffentlicht eine Meldung aus Verdun, wonach es dort neuerdings zu Zwischenfällen, in die deutsche Touristen verwickelt sein sollen, gekommen sei. Am vergangenen Sonntag habe ein französischer Leutnant in Zivil ein schwarzweißrotes Fähnchen von dem Auto eines deutschen Rechtsanwaltes heruntergerissen und in die Maas geworfen. Der deutsche Rechtsanwalt habe den betreffenden Offizier am Abend getroffen und ihm mit gerichtlicher Verfolgung gedroht. Er habe in diesem Sinne Schritte beim Polizeikommissariat unternommen. Ein anderer Zwischenfall habe sich beim Fort Mogelster ereignet. Der auffällige Unteroffizier habe sich geweigert, deutsche Touristen das Fort besichtigen zu lassen, worauf die betreffenden Deutschen schimpfend und mit der Faust drohend weggegangen seien. Der Vorfall sei dem Unterpräfekten gemeldet worden.

Ein Komplott gegen den Schah von Persien? „Matin“ meldet aus Teheran: Die Polizei verhaftete mehrere des Komplotts gegen den Schah verdächtige Personen. Unter den Verhafteten befindet sich der Bruder des Monarchen, Prinz Nostrat Danesh, und ein Kabinetsmitglied. Es soll sich bei letzterem um den Finanzminister handeln. Die Angeklagten werden vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Amerikanische Stimmungen

Amerika und Europa — Um Flottenbau und Jolltarife

Folgender Bericht aus Washington gibt eine interessante Zusammenfassung, vor allem die dortigen Auffassungen zu den europäischen Fragen wieder:

Die vergangene Woche stand in Amerika fast ausschließlich im Zeichen des Transatlantikfluges des Luftschiffes „Graf Zeppelin“. Deutlich jeden Tag brachten die Zeitungen in jeder ihrer vielen Ausgaben neue Nachrichten über den Flug. Bilder des Luftschiffes sowie eingehende Beschreibungen über seine Konstruktion. Die Refordfahrt des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ von Lakehurst nach Friedrichshafen steigerte die amerikanische Begeisterung bis zum äußersten und nahm vor allem den Kritikern des Transatlantik-Luftverkehrs die Argumente, die den Luftschiffweg über den Atlantik deshalb als unpraktisch bezeichnet hatten, weil der Mangel an Raum und Komfort nicht durch eine erheblich schnellere Fahrt als die der Schnelldampfer ausgeglichen sei. Wenn das Luftschiff deshalb vom Weltrundflug wieder nach Lakehurst zurückkehren wird, ist ihm ein triumphaler Empfang auf amerikanischem Boden schon jetzt sicher. Die Spannung, mit der dieser Weltrundflug verfolgt wird, drückt sich schon jetzt in den Berichten der amerikanischen Blätter aus, die bereits die Stimmung schildern, die vorhanden sein wird, wenn der Zeppelin rückkehrend wieder über dem Weißen Hause kreuzt.

Im Gegensatz zu der Freudenbotschaft aus Friedrichshafen standen jedoch die Drosselbotschaften aus dem Haag, wo die britische Regierung den nach so mühsamen Auseinandersetzungen und unter der Mitwirkung auch britischer Experten fertiggestellten Youngplan ablehnte. Sowohl in den Blättern beider Parteien, als auch in den durch diese Entwicklung ebenfalls unangenehm überraschten Regierungskreisen machte sich eine Stimmung großer Enttäuschung geltend. Denn man hatte hier schon fest mit der Annahme des Youngplanes gerechnet und bereits große Hoffnungen auf die daraus resultierende Belebung der Weltwirtschaft gesetzt. Um keine besonderen Schwierigkeiten zu machen, erklärte man sich in der hiesigen Öffentlichkeit durchaus damit einverstanden, daß die Reparationsbank nach London kommen solle und drängte sich in keiner Weise danach, ihre Errichtung in New York durchzusetzen, zumal man offensichtlich jeden Ansehen einer Beteiligung an der Einfassierung der deutschen Reparationszahlungen vermeiden will. Im Bewußtsein der eigenen finanziellen Stärke war man außerdem gern bereit, England wieder in der europäischen Finanzpolitik den Platz an der Sonne zu gönnen. Um so stärker mußte daraufhin selbstverständlich die Erregung in den hiesigen interessierten Kreisen sein, als Snowden den Youngplan glatt ablehnte. Einige Blätter behaupteten sogar, daß die unerwartete scharfe Erhöhung des Diskontsatzes der New-Yorker Bundesbank nicht so sehr gegen die inländischen Spekulanten, sondern als Warnung gegen England gerichtet sei. Denn Geld ist hier nach wie vor reichlich vorhanden, und man hofft bestimmt, mit einer Belebung des Anleihemarktes rechnen zu können, sobald Europa den Youngplan in der gegenwärtigen oder einer ähnlichen Form angenommen hat. Man erwartet nunmehr von Macdonald, der doch in der Abrüstungsfrage mit Hoover eine übereinstimmende Regelung anbahnen konnte, daß er die Sabotage gegen den Youngplan doch in letzter Minute noch verhindern werde.

In der amerikanischen Außenpolitik ist nach der Aktivität der letzten Wochen wieder eine gewisse Ruhe eingetreten, weshalb sich auch Staatssekretär Stimson zu einem kurzen Urlaub in den Adirondacks begeben hat. Nur die chinesische Frage stand auf dem Programm der letzten Woche, und die amerikanische Regierung benutzte den gegenwärtigen Zeitpunkt der Verhandlungen zwischen China und Rußland, um der chinesischen Regierung, die doch durch die Beschlagnahme der ostchinesischen Eisenbahn die russischen und sonstigen ausländischen vertraglich verbrieften Interessen in diesem Gebiete nach hiesiger Auffassung ohne hinreichenden Grund gefährdete, gemeinsam mit anderen Mächten zu eröffnen, daß trotz aller Fortschritte auf dem Wege der Konsolidierung Chinas die Interessen der Ausländer immer noch nicht genügend geschützt erschienen, um den von China geforderten Verzicht auf die fremden Vorrechte anzuspüren.

In der Innenpolitik wirft die am Montag nach der Sommerpause wieder beginnende Senatsitzungssession

bereits ihre Schatten voraus, und man macht sich schon jetzt auf einen Kampf der Flottenkreunde und der Hochschützler gegen Hoover, der erst kürzlich für den Aufschub des Kreuzerbaues eintrat und den Zolltarif nur in wenigen, dringend erforderlichen Positionen geändert wissen möchte, gefaßt. Der Kampf wird um so interessanter werden, als die beiden genannten Kreise nicht miteinander identisch sind. Allerdings werden die nächsten Wochen zunächst der Flottenfrage gewidmet sein, da die Tarifnovelle doch erst am 4. September für die Beratung im Plenum fertiggestellt werden kann. Die republikanischen Führer haben aber einer ausgedehnten Debatte bereits vorgebaut, indem sie durchsetzten, daß das Plenum bis zum 4. September nur zweimal wöchentlich tagen soll. Nach dem bisherigen Tempo dürfte deshalb die Zollnovelle kaum vor Ende November verabschiedet werden können.

Das Versiegen der Auslandsanleihen

Während es nach Beendigung der Pariser Reparationsverhandlungen den Anschein hatte, als würde nun der Zustrom der Auslandsanleihen wieder reichlicher nach Deutschland fließen, ist in letzter Zeit ein fast völliges Versiegen der Auslandsanleihen festzustellen. Vielleicht ist das teilweise auf das Herausziehen neuer Wolken am außenpolitischen Horizont zurückzuführen. Man hat erkannt, daß in Paris eigentlich nur Vorarbeit für die kommende Befriedigung Europas geleistet worden ist, daß aber die großen entscheidenden Fragen erst im Haag ihre Erledigung finden sollen. Die Ungewißheit über den Ausgang dieser neuen und endgültigen Reparationsverhandlungen, deren Schwierigkeiten man sich immer mehr bewußt geworden ist, führt naturgemäß zu einer Steigerung der ohnehin schon vorhandenen allgemeinen Zurückhaltung in Geld- und Finanzierungsfragen. Hinzu kommt aber als ein wahrscheinlich noch weit ausschlaggebenderes Moment die starke Verknappung des Geldes in den Vereinigten Staaten. Es müssen heute in New York sogar für amerikanische Inlandsanleihen weit höhere Zinssätze gezahlt werden als noch vor wenigen Monaten. In Amerika sind infolgedessen deutsche Anleihen zu angemessenen Bedingungen zur Zeit wohl überhaupt nicht unterzubringen. Soweit in den letzten Monaten deutsche Anleihen auf internationalen Märkten platziert werden konnten, war das meist in Holland und in einem Maße in der Schweiz möglich. Auch hier handelte es sich mit einer Ausnahme hauptsächlich um kleinere Anleihen.

Die Finanzwirtschaft der deutschen Städte leidet ganz besonders unter dieser Störung der Auslandsanleihen. Größere Baupläne sind schon in normalen Zeiten nicht ohne Anleihen zu finanzieren, und heute ist das natürlich erst recht unmöglich. Der inländische Anleihemarkt ist entweder überhaupt unzugänglich oder nur unter sehr ungünstigen Bedingungen für eine Kommunalanleihe fruchtbar zu machen. Unter diesen Umständen müssen zahlreiche wichtige und auch dringliche Bauprojekte der Städte zurückgestellt werden. Das ist nicht nur unerfreulich vom Gesichtspunkt der allgemeinen Wohlfahrt aus, sondern es hält auch die Gesundung des Arbeitsmarktes wesentlich auf, denn gerade große kommunale Bauunternehmungen sind in besonderer Maße geeignet, den Arbeitsmarkt zu entlasten.

Erfreulicherweise besteht, wenigstens für den Fall eines günstigen Ausgangs der Verhandlungen im Haag, einige Aussicht auf einen künftigen Umschwung der internationalen Geldmarktlage.

Imbush Nachfolger Stegerwalds. Der Bundesausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes trat am Dienstag in Berlin zu einer Sitzung zusammen, die bedingt war durch den Wunsch des Reichsverkehrsministers Dr. Stegerwald, seinen Vorstoß wegen seines Eintritts in das Reichskabinett niederzulegen. Der stellvertretende Vorsitzende, **Beckhoff**, würdigte eingehend die großen Verdienste, die Stegerwald sich für die deutsche Gewerkschaftsbewegung erworben habe. Zum Nachfolger Stegerwalds wurde einstimmig der Vorsitzende des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter, **Heinrich Imbush**, M. d. N., gewählt. Der Ausschuß beschloß, am 8. und 4. November 1929 eine größere Tagung in Essen abzuhalten.

Der Vertrag Preußens mit dem Vatikan. Wie der Amtl. Preuß. Pressedienst mitteilt, sind am Dienstag im Preußischen Staatsministerium die Ratifikationsurkunden zu dem Vertrag Preußens mit dem St. Stuhl zwischen dem apostolischen Nuntius Dr. Pacelli und dem preußischen Ministerpräsidenten Dr. Braun ausgetauscht worden.

Der Einzelhandel fordert Mieterschutz. Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels wird demnächst im August dem Reichstag und den Regierungsstellen eine Denkschrift überreichen, in der eine Ergänzung der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Mietvertrag zur Erhöhung des Rechtschutzes der Mieter gewerblicher Läden gegen willkürliche Kündigungen und Mietssteigerungen verlangt wird.

Oberbürgermeister Trautmann 7. Der Oberbürgermeister von Braunschweig, Dr. Trautmann, ist an einer Lungenerkrankung plötzlich verstorben. Er wurde 1925 zum Oberbürgermeister gewählt und war vorher Bürgermeister in Frankfurt a. d. Oder.

Peru und der Völkerbund. Wie aus Lima gemeldet wird, hat die Regierung von Peru beschloßen, wieder vollen Anteil an den Arbeiten des Völkerbundes zu nehmen.

Vom Mannheimer Nationaltheater. Wie die „Neue Bad.“ Landeszeitung hört, stehen die Verhandlungen über die Fortführung der Vorstellungen des Nationaltheaters im Pfalzbad Ludwigshafen vor dem Abschluß. Der Stadt Ludwigshafen konnten für den kommenden Winter abermals 40 Vorstellungen der Oper und des Schauspielers gesichert werden. An der stadträtlichen Genehmigung der neuen Vertragsbestimmungen ist nicht zu zweifeln.

Heinrich Billes letzte Fahrt. Auf dem Waldfriedhof in Stahnsdorf bei Berlin ist Dienstag mittag Heinrich Bille, Berlins volkstümlichster Zeichner, in Gegenwart einer nach Tausenden zählenden Trauergemeinde zur letzten Ruhe bestattet worden. Unter den Trauergästen befand sich der Oberbürgermeister Böß. Ferner waren Vertreter der Akademie der Künste sowie bekannter Malervereinigungen aus München, Düsseldorf, Hamburg, Breslau und Stuttgart erschienen, um Kränze am Sarg niederzulegen. Oberbürgermeister Böß bezeichneter den Verstorbener als einen Menschen, dessen Kunst gewachsen sei in seiner immer größer werdenden Liebe zu den Menschen. Prof. Krauß sprach für die Akademie, und Georg Engel für den Verband deutscher Erzhörer.

Sachlieferungen und Kohlenproblem

Der Reichswirtschaftsminister vor dem Haager Finanzausschuß

In seiner Rede vor dem Finanzausschuß der Haager Konferenz, über die wir bereits kurz berichtet haben, führte Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius weiter aus:

Die große Notlage der europäischen Wirtschaft sei durch den Krieg, die Inflation und vor allem durch die **Tribulationsleistungen** — die Hauptursache für das Stagnieren der deutschen Wirtschaft — bedingt. Er stelle mit Befriedigung fest, daß auch der englische Beauftragte eine Berücksichtigung der besonderen Lage Deutschlands gefordert habe. Die Sachlieferungen hätten bisher einen notwendigen Bestandteil der deutschen Leistungen ausgemacht. Im Versailler Vertrag seien die deutschen Sachlieferungen von den Großmächten als Zwangsleistungen aufgeführt worden. Seit dem Dawesplan habe sich aber das Sachlieferungsproblem eingestellt. Die deutschen Interessen bei der Aufstellung des Sachlieferungsproblems im Youngplan müßten berücksichtigt werden.

Er hoffe, es würde möglich sein, ein **Übergangssystem** für die Sachlieferungen zu schaffen. Nach dem Bericht des Reparationsagenten ergebe sich, daß die deutschen Sachlieferungen auf Grund der verschiedenen Sachlieferungsverträge im letzten Jahre unter dem Dawesplan einen Wert von **1150 Millionen Reichsmark** erreicht hätten.

Dagegen würden sie im ersten Jahr des Youngplans nur **540 Millionen Reichsmark** betragen. Dies sei somit ein außerordentlicher Ausfall der Sachlieferungen. Von den 540 Millionen Reichsmark Sachlieferungen würde der englische Handel jedoch nur in einem geringen Maße berührt.

Der plötzliche Ausfall der Sachlieferungen auf die Hälfte habe große Schwierigkeiten und Beunruhigung in der deutschen Wirtschaft hervorgerufen. Wenn die englische Abordnung auf die Notlage der einzelnen Industriezweige in England hinweise, so müsse er gleichfalls die **schwere Notlage der gleichen Industriezweige in Deutschland** hervorheben, die noch durch die schwere Krise der deutschen Landwirtschaft erschwert werde. Deutschland müsse daher an dem festhalten, was ihm bisher zugestanden worden sei. Das schließe aber nicht aus, daß man den englischen Interessen in einem gewissen Grade entgegenkommen könnte.

Curtius ging dann auf die Frage der **Wiederausfuhr** ein und wies darauf hin, daß diese heute verboten wäre. Deutschland habe kein Interesse an der Wiederausfuhr. Weiter wies Curtius auf die englischen Ausführungen über das Verhältnis zwischen den Sachlieferungen und dem Moratorium nach dem Youngplan hin, wodurch die Möglichkeit einer Ausdehnung des Sachlieferungsproblems über die vorgesehenen zehn Jahre um zwei weitere Jahre hinaus bestehe. **Ziffer 4** der Anlage 4 des Youngplans über diese Gesamfrage sei nicht völlig klar. Er halte es daher für notwendig, daß ein **Unter-ausschuß** unter Hinzuziehung von einigen Pariser Sachverständigen zusammentrete, um festzustellen, was in diesen Bestimmungen damals gewollt worden sei. Ebenso sei die Frage des **Recovery-Akt** im Zusammenhang mit dem Moratorium von einem Unterausschuß zu prüfen. Auch hier bestehe eine gewisse Möglichkeit, den englischen Wünschen entgegenzukommen.

Curtius nahm sodann zu dem **Kohlenproblem** Stellung, legte sich jedoch hierbei eine gewisse Zurückhaltung auf. Er nehme an, daß die englischen Wünsche auf diesem Gebiet nicht in einer Aufrechterhaltung des Versailler Vertrages hinsichtlich der deutschen Kohlenausfuhr lägen. Ein Zwang läge jetzt nicht mehr in Frage. Es handle sich nur um die **Preisbildung**, um den englischen Wünschen gerecht zu werden. Dies jedoch sei eine technische Frage, die auch in einem Unterausschuß gelöst werden müsse. Bei der Annahme des Dawesplans hätten die Sachverständigen festgestellt, daß die Wirtschaftlichkeit es erfordere, daß Deutschland seine Leistungen aus seinen natürlichen **Erzquellen, Kohlen, Eisen, Chemikalien** usw. vollziehe. Dies müsse auch für die Zukunft uneingeschränkt gelten.

Niemand in Europa habe ein Interesse an einem Dar-niederliegen der Wirtschaftszweige anderer Kontinentenländer. Alle seien an einer neuen Welle der gesamteuropäischen Wirtschaft in gleicher Weise interessiert. Das Interesse an einem Aufblühen der deutschen Wirtschaft sei ein **europäisches Interesse**, da die deutsche Wirtschaft die Wirtschaft des europäischen Ausgleichs darstelle. Deutschland sei nicht nur das Land der europäischen Mitte, sondern auch das Herz der europäischen Wirtschaft. Europa könne nur dann gedeihen, wenn sein Herz gesund sei.

Graham über die Sachlieferungsfrage

Der englische Handelsminister Graham empfing im Haag eine Anzahl von Pressevertretern, denen er Darlegungen über den bekannten britischen Standpunkt in der Sachlieferungsfrage machte. Dabei legte er besonderen Nachdruck auf den Rückgang des **englischen Kohlenexportes nach Italien** und mehreren anderen Ländern, den er auf die Konkurrenz der Reparationsstoffe zurückführte. Er gab dabei die aus den Kommissionsverhandlungen bekannten Ziffern und forderte Freiheit des Wettbewerbs für alle Nationen, der durch das unnatürliche Element der Sachlieferungen behindert sei. Er erkannte jedoch an, daß es für Deutschland schwierig sei, seinen Reparationsverpflichtungen ohne Sachlieferungen nachzukommen. England sei bereit, in fairem Maß diese Notwendigkeit Deutschlands Rücksicht zu nehmen, doch erscheine ihm der Zeitraum von zehn Jahren, der für den Ablauf des Sachlieferungsproblems im Youngplan vorgesehen sei, zu lang.

In Antwortung von Fragen gab Graham weiter zu erkennen, daß der von der deutschen Delegation in dieser Frage eingenommene Standpunkt auf englischer Seite durchaus als **korrekt** und **verständlich** empfunden werde, und daß sich die britische Regierung mit dem Gedanken **internationaler privater Abmachungen** nach Art der für verschiedene Industrien bereits bestehenden internationalen Kartelle außerhalb der Konferenzaufgaben oder nach deren Abschluß gern befassen würde.

Kanada und die Bekämpfung des Alkoholschmuggels

W.B. Williamstown (Massachusetts), 14. Aug. (Tel.) In einer Besprechung über die Frage der Bekämpfung des Alkoholschmuggels von Kanada nach den Vereinigten Staaten wurde von **kanadischer Seite** betont, daß man keine besonderen Sympathien für die Schmuggler hege. Die kanadische Regierung habe jedoch bereits darauf hingewiesen, daß eine wirksame Durchführung irgendwelcher Bestimmungen größere Kosten verursachen würde, als die kanadische Regierung oder das kanadische Volk im Interesse seines reichen Nachbarn zu einer Zeit, wo Kanada noch eine drückende **Kriegsschuld** zu bezahlen habe, aufzuwenden bereit seien.

Hagelstürme und Vollenbrüche haben in der Umgebung der Stadt **Reading** in Pennsylvania schweren Schaden angerichtet. Im Staate Vermont sind durch einen tornadartigen Sturm in mehreren Ortschaften Häuser zerstört worden. Im Staate New Jersey wurden zwei Ortschaften durch Vollenbrüche unter Wasser gesetzt.

Um die Arbeitslosenversicherung

Wie von unrichtiger Seite zu den vielfach widerprechenden Angaben mitgeteilt wird, werden sich die Verhandlungen über das Problem der Arbeitslosenversicherung, sein äußerlich gesehen, in den nächsten Tagen folgendermaßen abwickeln:

Nachdem am heutigen Mittwoch die aus dem Haag zurückgekehrten Minister Bissell und Severing den übrigen in Berlin anwesenden Mitgliedern des Reichskabinetts über ihre Haager Verhandlungen berichtet haben, wird am Donnerstagvormittag Reichsarbeitsminister Bissell dann mit den Parteiführern verhandeln, und falls es auf Grund dieser Besprechung möglich sein wird, einen neuen Entwurf auszuarbeiten, der dann dem Kabinett in Berlin einige Tage darauf in einer neuen Sitzung unterbreitet wird. Der sozialpolitische Ausschuß tritt nun doch bereits am Donnerstag zusammen. Er wird sich allerdings nur mit dem Gutachten beschäftigen können, das ihm bereits vorliegt, und sich alsdann am etwa 22. August vertagen müssen, weil der neue Entwurf kaum vorher vorliegen dürfte.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion trat am Dienstag unter Hinzuziehung von Leipart, Müller, Richterberg und Spilbert vom Vorstand des A.D.G.B. zu einer Besprechung über die politische Lage zusammen, wie sie durch die Differenzen über die Gestaltung der Arbeitslosenversicherung entstanden ist. In dieser Sitzung nahmen auch die Minister Severing und Bissell teil. In der Sitzung trat dem „Abend“ zufolge völlige Übereinstimmung mit der Haltung der beiden sozialdemokratischen Minister zutage.

Zu einer Meldung der Berliner „Börsezeitung“, daß eine führende Persönlichkeit der **Deutschen Volkspartei** beim Vorsitzenden des Sozialpolitischen Ausschusses, Ester, vorgeproben habe, um ihm mitzuteilen, daß sich die Volkspartei mit Entschiedenheit gegen eine Verschiebung des Sozialpolitischen Ausschusses wenden würde, erfahren wir aus volksparteilichen Kreisen, daß diese Nachricht nicht den Tatsachen entspreche. Ein solcher Schritt ist nicht erfolgt.

Der Fremdenverkehr in den Groß- und Mittelstädten

Um die Entwicklung des Fremdenverkehrs, der in einer großen Anzahl deutscher Städte erhebliche wirtschaftliche Bedeutung gewonnen hat, möglichst genau beobachten zu können, wird vom 1. Vierteljahr 1929 ab eine fortlaufende Fremdenverkehrsstatistik der deutschen Groß- und Mittelstädte in den „Vierteljahrsberichten des Deutschen Städtetages“ veröffentlicht.

In einer einleitenden Untersuchung wird festgestellt, daß im Jahre 1927 eine allgemeine **Steigerung** des Fremdenverkehrs der deutschen Städte eingetreten ist, die sich auch im Jahre 1928 noch fortsetzte. Für das erste Vierteljahr 1929 wird zum ersten Male der Versuch einer **genaueren Statistik** gemacht. In ihr haben sich insgesamt 89 deutsche Städte beteiligt, und zwar 24 mit mehr als 200 000 Einwohnern, 22 mit 100- bis 200 000 Einwohnern, und 43 mit 50- bis 100 000 Einwohnern. Das Ergebnis der Aufnahme ist, daß der gesamte Fremdenverkehr im ersten Vierteljahr 1929 geringer war als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Eine Steigerung des Fremdenverkehrs wurde in Köln und Bochum festgestellt, ferner in Halle, Jamburg-Wilhelmsburg und Elberfeld. Auch Mittelstädte, wie Gleiwitz, Regensburg, Würzburg und Hildesheim, konnten über einen lebhafteren Fremdenverkehr als im Vorjahr berichten.

Der Fremdenverkehr der Ausländer erstreckt sich in der Regel nur auf die Großstädte. Doch bilden auch bestimmte Wälder und Kurstädte, wie Wiesbaden, Freiburg, Heidelberg, Anziehungspunkte für die Auslandsfremden. Andere Mittelstädte werden auf Grund ihrer Grenzlage von zahlreichen Ausländern besucht, so z. B. Lübeck aus den skandinavischen Ländern, Götting aus der Tschechoslowakei. Im großen und ganzen hat sich der **ausländische Fremdenverkehr** seit 1924 fortgesetzt gesteigert, doch ist auch hier im ersten Vierteljahr ein **leichter Rückschlag** eingetreten. Insbesondere in Bremen, Hamburg, Leipzig, Wiesbaden, Berlin und Frankfurt am Main wurde ein Rückgang der Auslandsfremden festgestellt, eine Zunahme dagegen in Nürnberg, Köln und München.

Um über den Gesamtumfang des Fremdenverkehrs ein Bild zu gewinnen, vergegenwärtigt man sich, daß in den 89 berichtenden Städten im ersten Vierteljahr 1929 insgesamt **rund 2,3 Millionen Fremde** gezählt worden sind. Die Zahl der Übernachtungen betrug **rund 1,6 Millionen**. Die regelmäßige Zählung des Fremdenverkehrs der deutschen Städte wird natürlich ihren Hauptwert erst gewinnen, wenn sie einige Zeit hindurch fortgesetzt sein wird. Nicht ganz einfach ist auch die gleichmäßige Umgrenzung des Begriffs Fremdenverkehr. Man wird erst allmählich zu einheitlichen Grundsätzen bei der Fremdenzählung gelangen können.

Menterei an Bord eines französischen Kreuzers?

W.B. Paris, 14. August (Tel.) Die kommunistische „Humanité“ gibt Gerüchte wieder, für die man ihr die Verantwortung überlassen muß, und denen zufolge an Bord des vor einigen Wochen nach dem fernen Osten ausgelaufenen französischen Kreuzers „Walde-Rouffine“ eine **Menterei** ausgedehnt sein soll, die mit den strengsten Maßnahmen unterdrückt wurde. Der Dienst an Bord sei übermäßig schwer und die Verpflegung schlecht gewesen. Jetzt sei daher eine **Epidemie** ausgebrochen. „Ist es wahr“ — so fragt das Blatt —, „daß nach den vorliegenden Berichten an Bord 32 Todesfälle zu verzeichnen gewesen sind? Hieron sollen, wie behauptet wird, auf die Epidemie 19 zurückzuführen sein. Worauf ist aber der Tod der anderen zurückzuführen?“

Kleine Chronik

Wie aus St. Anton am Arlberg gemeldet wird, wurde gestern in der Nähe der Darmstädter Hütte die **unbekannte Leiche eines Touristen** aufgefunden, die schwere Kopfverletzungen aufwies. Nicht neben der Leiche lag der blutige Eispickel, während die Kleidung des Touristen etwas weiter von der Leiche entfernt zerstreut herumlag. Die Möglichkeit eines Verbrechens liegt vor. Die Erhebungen der Gerichtskommission sollen nach neueren Meldungen ergeben haben, daß es sich um einen **Raubmord** handle.

In **St. Ingbert** entstand in einem vor einer Wirtschaft stehenden Personauto eine **Explosion**, wobei die Scheinwerfer und alle übrigen Fenster von 14 umliegenden Geschäftshäusern in Trümmer gingen. In dem Auto befand sich eine **Pulverladung** von 50 Kilogramm, die bei den St. Ingberter Pulverfabriken abgeholt worden war.

Ein neues **japanisches Bombenflugzeug**, mit dem eine Gruppe von Offizieren des Großgeneralstabs eine Inspektionsreise unternahm, stürzte bei Tokio ab, wobei acht Personen den Tod fanden, darunter die **Chefs** des Operationsstabes, der Operationsabteilung und der Abteilung für Flugzeuge.